

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Tagblatt. 1843-1937 1921

198 (20.7.1921) Erstes und Zweites Blatt

Verlagspreis:
in Karlsruhe frei ins Haus
...
Verlagsschriftleitung
und Geschäftsstelle
Königsplatz 1.

Karlsruher Tagblatt

die 8. u. 9. Klasse
...
Verlagsschriftleitung
und Geschäftsstelle
Königsplatz 1.

Badische Morgenzeitung

Mit der Wochenchrift
„Die Pyramide“

Badische Morgenpost

Redaktion und Verlagsanstalt für Politik: Hermann P. Baer; für den wirtschaftlichen, badischen und lokalen Teil: Heinz Gerhardt; für den deutschen Teil: Hermann P. Baer; für die „Pyramide“: Karl F. H. für die „Morgenpost“: Karl F. H. für die „Morgenpost“: Karl F. H. für die „Morgenpost“: Karl F. H.

118. Jahrg. Nr. 198.

Mittwoch, den 20. Juli 1921

Erstes Blatt.

Pariser Brief.

(Von unserem Korrespondenten.)

Dr. A. P. Paris, 14. Juli 1921.

Es ganz unerwartet, wie man vielleicht glauben möchte, kam Harding's Einladung zur Abrüstungskonferenz in Paris nicht. Es waren ihm mehrere vertrauliche Besprechungen vorausgegangen, an denen die Vertreter Englands, Frankreichs, Amerikas und wohl auch Japans teilgenommen hatten, Beratungen, die nie im Stimmung stattfanden, aber doch den Standpunkt der einzelnen Mächte ziemlich eindeutig klärten.

Im Grunde genommen, war der Zweck aller dieser Verhandlungen der, einen neuen Völkerbund an die Stelle des alten zu setzen, der sich von diesem besonders dadurch unterscheiden sollte, daß die Vereinigten Staaten nicht mehr abseits ständen. Dagegen war es gerade durch den Charakter der Beratungen bedingt, daß Deutschland mit Rechtigkeit ausgeschlossen werden konnte, da es auf einer Entwaffnungskonferenz gewiß nichts mehr zu suchen hat.

Die Begleitung, mit der Briand in der Kammer von der Note Harding's sprach mag deshalb in einem gewissen Sinne erst gewesen sein. Nachdem die Presse und viele verantwortlichen Persönlichkeiten sich dazu geäußert haben, stellt sich die zukünftige französische Politik etwa folgendermaßen dar:

1. Frankreich wird in der Lösung der mannigfachen Vorkriegsfragen Gleichberechtigung mit England, Japan und Amerika beantragen.

2. In den Verhandlungen über die Abrüstung zur See wird es sich auf eine Vermittlerrolle beschränken.

3. Es wird sich nur unter gewissen Bedingungen in eine Diskussion der Abrüstung zu Lande einlassen.

4. Es wird sich bemühen, den durch die Verträge von 1919 vorgegebenen Schutzbund mit Amerika und England wieder zu erneuern und durch die betreffenden Regierungen und Kammer ratifizieren zu lassen.

Durch den Abbruch der Banque de China hat das französische Ansehen im fernem Osten die schwerste Einbuße erlitten. Nur Kenner der Verhältnisse können ermessen, welche unübersehbar großen Gefahren dem politischen wie wirtschaftlichen Prestige des Landes besonders in China drohen. Die Lösung der chinesischen Fragen ist dem Chinesen die Voraussetzung zu jeglicher Beziehung zwischen Völkern und Nationen.

Nichts ist daher verständlicher, als daß Frankreich auf vertraglichem Wege diese Niederlage wieder wett zu machen versucht. Die wirtschaftliche Vormachtstellung und der politische Einfluß Japans in seinen hinterindischen Besitzungen soll gebrochen werden; Amerika wird Frankreich dabei der natürliche Verbündete sein. Nach der Neukonstitution eines Regierungsmittels ist es Frankreich auch darum an ihm, sowohl den russischen, wie den deutschen Einfluß in China zu beseitigen oder in der Zukunft zu verhindern.

Es ist von vornherein klar, daß die Fragen der maritimen Abrüstung zu den folgenschwersten Debatten Anlaß geben wird. Die mächtigsten Mächte der Welt werden dabei ihre diplomatischen Kräfte miteinandern messen. Weltweit ist außerlich wenigstens dabei nicht bestritten, daß es mit Erfolg die Vermittlerrolle spielen zu können. Der Weltfriede der Seemächte wird ihm Gelegenheit geben, seine Stimme zugunsten besiegten Landes zu erheben, von dem es selber in den Fragen, die es besonders interessieren, eine tatkräftige Unterstützung erwartet. Es wird dabei besonders seine eigene Friedfertigkeit betonen können, da es seine erzwungene Abrüstung zur See immerhin als einen moralischen Plusfaktor auf sein Guthaben buchen kann: so wird auf eine sehr billige Weise das „Märchen“ von seinem Imperialismus und Militarismus zerstört können.

Sofort nach Bekanntwerden der amerikanischen Absicht, auch die Fragen der Abrüstung zu Lande zur Diskussion zu stellen, legte mit bewundernswürdiger Regie in der gesamten französischen Presse ein gewaltiges Konzert ein, dessen einzelne Stimmen etwa auf folgende Themen eingeleitet waren: Frankreich ist gewiß die stärkste Landmacht Europas. Aber seine Soldaten haben einen ganz anderen Zweck als die anderer Nationen. Der Friede von Versailles legt nämlich eine „praktischen Vorkriegsbesetzung“ in seine Hände. Es ist zum Friedenswächter in Europa bestellt. Es hat ferner das Anrecht, an ein Volk zu sprechen, das von maßloser Majorität erfüllt, nur danach trachtet, das Verbrechen an der Zivilisation, das ihm ein erstes Mal mitgeteilt, so bald wie möglich zu wiederholen. Frankreich wird kein erstes Opfer sein: die Barbaren jenseits des Rheins lauern nur darauf, in seine schönen Departements einzufallen, an Jagen und zu morden.

Im Interesse des Weltfriedens selbst, der als oberster Zweck der Abrüstungskonferenz vorzuziehen ist, es also geboten, Frankreich eine harte Landmacht zu belassen. Sein Militarismus wird von einem idealen Nimbus umgeben, der den Kampf dagegen von vornherein außer Acht läßt. Man ist in Deutschland nur zu sehr geneigt, diese unglückliche Irreführung

der öffentlichen Weltmeinung mit einem Lächeln abzutun: in Wirklichkeit wird sich die Welt wie seit 1914 so auch heute wieder von dem heuchlerischen Pathos gefangen nehmen lassen und mit halb wohlwollender, halb mittelbarer Gebärde den Franzosen das Instrument ihres zügellosen Imperialismus belassen. Vielleicht werden einzelne kritische Stimmen, an denen es ja in der letzten Zeit besonders nicht fehlte, Beweise für den Angriffswillen fordern. Auch dafür scheint schon vorbestimmt zu sein. Man versichert mir zum Beispiel, und

ich habe keinen Grund daran zu zweifeln, daß die Abberufung der französischen Sachverständigen aus Leipzig und die ganze Propaganda gegen die deutschen Urteile aus solchen Erwägungen heraus geschahen. Spätestens halber meinte vor kurzem ein französischer Journalist in einer größeren Gesellschaft, es wäre gut, wenn man immer eine Schandtat Deutschlands auf Lager habe, um der Welt damit aufzuwarten; man solle also „auf Vorrat arbeiten“. Andere Anzeichen, die aus demselben Gedanken gehen sind, machen sich bemerkbar: nachdem die

deutsche Entwaffnung bis dahin für genügend erachtet worden war, tauchen wieder sie und da Meldungen über geheime Waffenlager in Deutschland, über verdächtige Umtriebe Escherichs und Ludendorffs auf. Man weiß auf die Notwendigkeit hin, die Befehlsarmeen am Rhein zu verharren und die „Sanktionen“ fest in der Hand zu behalten. Es wird von Zukunftskrieg gesprochen, von tüchtigem Ueberfall und Revanchegelüsten. Die Welt horcht auf, verärgert — und bewilligt Frankreich seine Entschlüsse.

Die Haltung der Pariser Presse läßt klar erkennen, daß Frankreich den Gedanken der Abrüstungskonferenz vorläufig dazu benutzen wird, um einen seiner Lieblingspläne der Verwirklichung näher zu bringen: ich meine die Verträge von 1919, die es im Anschluß an den Versailler Frieden mit England und den Vereinigten Staaten abgeschlossen hatte, die aber niemals in Kraft traten, weil bekanntlich der amerikanische Senat die Ratifikation verweigerte und damit auch England den ersehnten Vorwand zur Kündigung derselben lieferte. Frankreich gibt heute folgendes zu überlegen: Ihr wollt die allgemeine Abrüstung zu Wasser wie zu Lande. Es ist euch um den Weltfrieden ernst gemeint. Solange es aber nun in Europa ein bolschewistisches Rußland und ein böswilliges Deutschland gibt, muß ich, Frankreich, bis an die Zähne bewaffnet bleiben. Trotzdem könnte der Augenblick eintreten, wo trotz alledem die beiden Friedensstörer vereint mit mir in Aussicht auf Erfolg angriffen und so den Weltbrand von neuem entfachten. Das beste Mittel, dieses Unglück zu verhindern, besteht darin, daß die zwei Barbaren von vornherein von der Hoffnung abgesehen ihres Unternehmens überzeugt sind: dies ist nur dann der Fall, wenn England und Amerika vertraglich Frankreichs Sicherheit gewährleisten. Wenn diese Bedingung erfüllt ist, kann ich auch der Frage der Entwaffnung näher treten, so daß ihr zwei Mächte mit einer Klappe trifft. Allerdings erscheint es mehr denn zweifelhaft, ob Amerika diesen Strebenklängen ein geneigtes Ohr leihen wird, obschon der von Frankreich erbetene neue amerikanische Botschafter in Paris sicherlich mit Hochdruck bearbeitet werden wird.

So wird der wahre Friedensfreund ohne Enthusiasmus und ohne Optimismus dem Zusammenstreben der Abrüstungskonferenz entgegenstehen. Au Frankreichs Nachwillen, an seiner Furcht, an seinem Glauben wird schließlich alles scheitern. Man mag sich über außer-europäische Fragen zu einigen vermögen; in Europa selber wird die lähmende Spannung bleiben zur größten Schädigung des wirtschaftlichen wie des völkischen Zusammenlebens der Nationen.

Französischer Vorwand für die Tagungsverschiebung des Obersten Rates.

(Eigener Drahtbericht.)

e. Paris, 19. Juli. Die „Agentur Radio“ teilt der Presse eine offensichtlich insipide Note mit, in der die Gründe Japans, nicht ohne gewisse Garantien zur Konferenz in Washington zu gehen, klargestellt werden. Darin heißt es: „Es scheint, daß die Vereinigten Staaten diese Bedenken verstehen und es ist darauf zu rechnen, daß in den nächsten Wochen eine Formel gefunden wird, die es der japanischen Regierung ermöglicht, an der Konferenz teilzunehmen.“ — Dann folgt die wichtigste Stelle, und die ganze Note hat den Anschein, als wäre sie nur dazu da, um auf diesen Schluss vorzubereiten. Es heißt: „Wenn auch die Abrüstungsfrage in Washington nicht geregelt werden könnte, ist doch anzunehmen, daß die Konferenz Sitzungen für gewisse Probleme finden wird, die ohne sie nicht hätten geklärt werden können. Wir sind z. B. überzeugt, daß das oberste Problem am leichtesten in Washington seine Lösung finden wird. Der amerikanische Schiedsrichter, wenn er, wie möglich, angeregt wird, wird unbedingt von Frankreich und von Deutschland angenommen werden, denn diese Länder haben keine Neigung, sich mit Amerika zu verfeinden. Das Beste wäre, bis dahin zu warten, und eben deshalb steht die französische Regierung keine Eile, den Obersten Rat: vor der Konferenz in Washington einzuberufen, es wäre denn, was immer zu befürchten ist, daß die Ereignisse schneller fortschreiten, als man erwartet, und daß ein toller Streich (!) des Generals Hoover die Alliierten zwingt, sofort militärische Maßnahmen gegen die deutsche Wiltz zu treffen. Die Haltung der Regierung Wirth in den kommenden Tagen wird entscheidend sein.“

Der Zusammenritt des Obersten Rates auf unbestimmte Zeit verschoben.

(Eigener Drahtbericht.)

e. London, 19. Juli. In Anbetracht dessen, daß Lord George im nächsten Monat seine Ferien nehmen will und daß Briand in der zweiten Hälfte des Juli Paris nicht verlassen kann, ist die Tagung des Obersten Rates auf unbestimmte Zeit verschoben worden.

Drahtlicher Sondernachtdienst

(Nachdruck nur mit genauer Quellenangabe gestattet.)

Wetterwolken im Osten.

J. Von unserer Berliner Redaktion wird uns geschrieben:

Während unser Blick auf die Wechselfälle des Existenzkampfes gerichtet ist, den wir ohne Verschulden durchzuhalten haben und der unser ganzes Interesse erfordert, bereiten sich im Osten Ereignisse vor, die, wenn sie zur Reife kommen sollten, nicht ohne schwerwiegende Folgen auch für uns sein können. Schon am Sonntag hatten wir berichtet, daß die ultimative, von Moskau an die polnische Regierung gerichtete Aufforderung auf Beseitigung aller antibolschewistischen Eindrungen in Polen von dem Warschauer Außenminister entgeglichen im Ton, aber ausweichend in der Sache beantwortet wurde. Der Streitfall ist also nicht aus der Welt geschafft, und es ist anzunehmen, daß Tschitscherin, dem es zwecks Ableitung der allgemeinen Aufmerksamkeit von der inneren Krise darauf ankommt, irgend einen, wenn nötig bewaffneten Druck auf den westlichen Ententefreund auszuüben, sich nicht mit der polnischen Antwort begnügen wird. Diese Annahme wird durch eine hier vorliegende hochbedeutungsvolle Nachricht bestätigt. Danach hat die Regierung von Weizsäcker den Polen den Krieg erklärt. Weizsäcker ist ein bedeutungsloses Anhängel der Sowjetrepublik, das sich zwischen diese und Polen schiebt. Es ist schwach, einflußlos und das Werkzeug von Moskau. Es ist klar, daß die Kriegserklärung, die pro forma mit dem Verleihen der Armeeseligens in Wilna begründet wird, auf Befehl der Sowjetrepublik ausgesprochen wurde, die damit den Vorpostenkampf gegen Polen eröffnen will. Die polnische Reaktion der Aushebung von 15 Jahrgängen an der Dniestergränze erscheint also gerechtfertigt.

Seit Tschitscherin seine aggressive Politik fort, so gerät Polen erneut in eine Lage, die der Warschauer Regierung umso unangenehmer sein muß, als sie sich dank Frankreichs fremdlicher Sekundantendienste dem Augenblick nicht mehr fern glaubt, in dem all ihre oberflächlichen Diebstahlszüge zur Reife kommen würden. Feinde ringsum! — denn auch für den Fall eines neuen polnisch-russischen Krieges möchten wir uns schon im Hinblick auf Polens Duldung in Oberschlesien nicht als Polens Freund bezeichnen, soweit wir am Triumph der Sowjetrepublik ein Interesse haben. Im Norden droht ein Feind, der nur auf einen Moment polnischer Schwäche wartet: Litauen, dem auch der angeblich allmächtige Völkerbund das von Polen geraubte Wilna nicht wieder zu schaffen vermag. Es fragt sich nur, ob Litauens Existenz nicht auch durch einen russischen Sieg gefährdet ist; denn Rußlands Hauptziel bei seinen Stößen gegen Westen, ist die unmittelbare Grenzberührung mit Deutschland, aus der sich die jetzigen russischen Machthaber nach Beseitigung der Transsibirierigkeiten um so mehr Rettung aus der gegenwärtigen Wirtschaftskatastrophe Rußlands verprechen, je mehr sie sich selbst in wirtschaftlicher Beziehung von den Grundzügen des Kommunismus entfernen.

Die Mitschuld der französischen Regierung am polnischen Aufstand.

(Eigener Drahtbericht.)

h. Berlin, 19. Juli. Erst jetzt wird hier bekannt, daß es gelungen ist, die Mitschuld der französischen Regierung am polnischen Aufstand an der Hand ganz bestimmter Protokolle und Urkunden, die in einer Denkschrift vereinigt sind, festzustellen. Die interalliierten Behörden in Kattowitz hatten, sobald sie von der Drucklegung dieser Dokumentensammlung, in der ein ganzer Abschnitt die Verbrüderung zwischen Injurigen und Franzosen und die Förderung des Aufstands durch die Franzosen behandelt, Kenntnis erhielten, die Beschlagnahme der Denkschrift veranlaßt. Und auf Befehl des französischen Kriegsgouverneurs von Kattowitz hat wenige Tage nach dieser Beschlagnahme in den Räumen des Deutschen Plebiszitarkommissariats in Kattowitz eine sehr gründliche Hausdurchsuchung nach den Originalen der

Protokolle und nach den Photographien stattgefunden, jedoch ohne Ergebnis. Eine Neuaufgabe der Denkschrift ist im Druck. Was darin festgelegt ist, kann durch keine französischen Ablehnungen verunsichert und auch durch keine angebliche deutsche Herausforderungen erfindende französische Note aus der Welt geschafft werden. In London und in den übrigen Hauptstädten der Verbündetenstaaten liegt diese Denkschrift bereits vor.

Der englisch-französische Notenwechsel.

(Eigener Drahtbericht.)

i. Paris, 19. Juli. Die Antwort der englischen Regierung auf die letzte französische Note über Oberschlesien war gestern Abend auf dem französischen Außenamt in Paris noch nicht eingetroffen. Man erwartet sie aber bestimmt für heute, und verschiedene Londoner Berichterstatter Pariser Blätter sind bereits in der Lage, das Wichtigste aus dem Inhalt der englischen Antwort mitzuteilen. Es handelt sich dabei um zwei verschiedene Noten der französischen Regierung, die am letzten Samstag in London überreicht wurden, d. h. die englische Regierung ist ersucht worden, auf folgende zwei Fragen Antwort zu geben: 1. ob die englische Regierung bereit sei, sich den Vorkellungen des Berliner Botschafters Laurent durch Lord d'Albion anzuschließen, 2. ob die englische Regierung ferner bereit sei, die englischen Truppen in Oberschlesien zu verstärken, wie es Frankreich beabsichtigt. — Die englische Regierung wird wahrscheinlich folgendermaßen antworten: Der Anschlag an die Demarche Laurents würde zur Tatsache werden, daß der englische Botschafter Instruktionen erhalten hat, sich allen in der Wilhelmstraße gemachten Demarchen anzuschließen. Was den zweiten Punkt betrifft, nämlich die Verstärkung der Entente-Truppen in Oberschlesien, so scheint die englische Regierung ablehnend antworten zu wollen. Man ist in England nicht geneigt, unter den gegenwärtigen Umständen die englischen Truppen in Oberschlesien zu verstärken, und man begründet es damit, indem man darauf hinweist, daß die von Briand auseinandergesetzten Bewegungen für die Truppenverstärkungen nicht ganz dem Bericht entsprechen, den man in London erhalten hat.

w. Paris, 19. Juli. (Eig. Drahtbericht.) Der diplomatische Mitarbeiter der „Chicago Tribune“ glaubt zu wissen, daß über die Entsendung einer vollen französischen Infanteriedivision zur Verstärkung des französischen Kontingents in Oberschlesien in einer Kabinettsitzung entschieden werden würde. Man erzählt weiter, daß Frankreich auf alle Fälle seine Truppen in Oberschlesien verstärkt, gleichgültig, ob zu gleicher Zeit die englischen oder italienischen Streitkräfte verstärkt würden oder nicht.

Korfanity in Paris.

(Eigener Drahtbericht.)

e. Paris, 19. Juli. Korfanity ist am Montag in Paris eingetroffen. Einem Vertreter der „Agentur Radio“ gegenüber gab er seiner Beunruhigung Ausdruck, daß Frankreich eine erhebliche Verstärkung seiner Truppen in Oberschlesien beabsichtigt.

Die Sicherung der deutsch-polnischen Grenze.

(Eigener Drahtbericht.)

Elbing, 19. Juli. Die „Elbinger Zeitung“ meldet, daß eine französisch-polnische Artillerie- und Ingenieurkommission die ehemaligen deutschen Festungen an der Warthe und Weichsel sowie deren Ufer und auf ihre Brauchbarkeit überprüfte. Zunächst sollen Posen und Thorn, später auch Kulm und Graudenz mit neuen, den Kriegserfahrungen entsprechenden Anlagen und Armierungen versehen werden. Erwogen wird die Anlage von Sperrforts längs der deutsch-polnischen Grenze.

Die heutige Nummer unseres Blattes umfaßt 8 Seiten.

Die Abrüstungskonferenz.

Japan und die Abrüstungskonferenz.

(Eigener Drahtbericht.) London, 18. Juli. Der Korrespondent des Daily Express drahtet aus Tokio: Für den Fall, daß die Abrüstungskonferenz auch die Frage des Stillen Ozeans und des ferneren Ostens behandeln würde, werde Japan die Forderung stellen, daß alle Fragen, die jetzt zwischen den Seemächten bestehen, zur Behandlung kommen, wenn z. B. Gleichheit der Rechte aller Staaten bezüglich China gefordert wird, dann wolle Japan auch die gleichen Rechte in Australien und Amerika, wie die anderen Staaten haben. Japan will die Frage, wie die asiatische Einwanderung und die Gesetze gegen Japan und ähnliche Punkte nur besprechen, wenn bei den Beratungen alle Staaten gleichberechtigt sind.

e. Tokio, 19. Juli. Der Vertreter Japans bei der Abrüstungskonferenz in Washington wird wahrscheinlich Freiherr Makino sein. Die Wahl dieses Vertreters wird unter den Parteien lebhaft diskutiert. Der Marineminister übergab der Presse folgende Erklärung: Japan darf weder auf einen Wettkampf der Rüstungen eingehen, noch das Risiko übernehmen, isoliert zu bleiben durch seine Weigerung, sich an der Abrüstungskonferenz zu beteiligen. Wir erwarten die Antwort Amerikas über das Programm der Konferenz.

Graf Okuma hat gesagt: Die Zukunft Japans wird von den Verhältnissen, die in Washington getroffen werden sollen, abhängen. Japans Mission ist offensichtlich die, die Rechte Asiens zu verteidigen, doch werden die Vereinigten Staaten ihr Bestes tun, um Japans Tätigkeit in China und Sibirien einzuschränken. Sie werden China zur Seite stehen. Wir verstehen die Beteiligung Frankreichs, Englands, der Vereinigten Staaten, Italiens und Japans an der Konferenz, wir verstehen aber nicht, was China in Washington zu tun hat.

Eine hohe politische Persönlichkeit hat verkündet, daß die japanische Regierung vorbehaltlos annehmen wird, daß die Fragen der Insel Japan, Sibirien, Sibirien und China auf der Konferenz diskutiert werden. Sie wird diesen Standpunkt ausdrücklich und deutlich der Konferenz darlegen.

m. Paris, 18. Juli. Der Abrüstungsausschuß des Völkerbundes hat seine Arbeiten beendet. Viviani erklärte bei dieser Gelegenheit, die Tagung des Ausschusses sei bereits vorigen September beschlossen und aus rein sachlichen Gründen einberufen worden und nicht etwa, um mit Amerika in der Abrüstungsfrage in Wettbewerb zu treten.

Auswärtige Staaten.

Die englisch-irischen Friedensverhandlungen.

(Eigener Drahtbericht.) London, 19. Juli. Lloyd George hat nach seiner Rückkehr aus Chequers den Vizekönig von Irland empfangen. Während ihres Gesprächs ist General Smuts in der Downingstreet angekommen; er wurde sofort eingeführt. In derselben Zeit hatten die Minister, die sich in London befinden, eine längere Sitzung unter dem Vorsitz von Sir James Craig. Im Großsenior Paris, wo die Einheimischen delegierten Mr Hauptquartier haben, wird berichtet, daß alle Neußerungen, die den Delegierten zugeschrieben werden, erfunden sind. Edmund Fitzgerald, der die Sinneseinpropaganda führt und Mitglied der irischen Nationalversammlung ist, hat einem Journalisten erklärt, daß alle bisherigen Gespräche zwischen de Valera und Lloyd George nur den Zweck verfolgten, die Frage zu studieren, ob eine genügende Basis für die Einberufung einer Konferenz bestehe. Der endgültige Beschluß wird nicht in London, sondern in Dublin gefaßt werden, wo die irische Nationalversammlung den Bericht de Valeras diskutieren wird.

Passionspiel in Freiburg.

Zwischen grünen Hügeln im fruchtbarsten Gebirge an der Dreifach liegt Jerusalem. Darüber blaut der Himmel, die Sonne meint es gut, sie scheint über Gerechte und Ungerechte.

Auf dem weiten Platz ist's still. Nirgend ein Mensch, nicht am Tempel, nicht am Palaste des Königs, nicht in den Gassen und an den Toren. Dort liegt einsam der Garten Gethsemane, über ihm der Kalvarienberg. Ruhe und tiefer Frieden!

Doch der Tag ruht. Es beginnt sich zu regen. Und von allen Seiten geht und wandelt, springt, trippelt und wandt es über den breiten Weg, der von Tor zu Tor führend den Nasenplatz durchschneidet.

Am Brunnen endlich Menschenstimmen. Freunde begrüßen sich. Sie erzählen von den Wundern des Galiläer. Eifernde Priester mengen sich ein. Von draußen her schallt über die Stadtmauern Gesang und Hosannarufen. Jesus naht. Jetzt ist keinhalten mehr. Aus allen Winkeln und Gassen strömt und stritzt es zusammen, Palmzweige schwingend, dem Tore zu, den Wundermann zu begrüßen. Die Priester können die Jubelnden nicht aufhalten.

Und Jesus von Nazareth erscheint auf dem Golein, gefolgt von den Jüngern. Die Hohenpriester zum Schweigen. Ungeduldig betritt er den Tempel.

Dies der Anstalt. Unerbittlich vollzieht sich das Geschick des unheimlichen Menerers. Der Hohe Rat beschließt seinen Tod und gewinnt den Judas zum schändlichen Verrat. Pilatus, der edle Römer, kraftvoll und schwach zugleich, sendet den Angeklagten zu Herodes. Dieser, ein König an Prunk, nicht an Gefinnung, überläßt den Untertan dem Geschick durch den Spruch des Randpflegers. Das von den Priestern aufgeheute Volk erzwingt von Pilatus die Freilassung des Verbrechers Barrabas und die Verurteilung des Judenknies zum Kreuzestod.

Zwischen zwei Schächern wird Jesus gekreuzigt, umschert von dem Dorn der Krone und

Neuwahlen in England.

(Eigener Drahtbericht.) London, 19. Juli. Lloyd George beabsichtigt, im Oktober oder November Neuwahlen auszusprechen, um sich vom englischen Volk Vollmachten für seine event. Beteiligung an der Washingtoner Konferenz erteilen zu lassen.

Der Krieg in Kleinasien.

(Eigener Drahtbericht.) London, 19. Juli. Eine Meldung aus Athen besagt, daß die griechischen Truppen schon 5000 Gefangene gemacht haben, unter ihnen den Stabschef der 4. türkischen Division, und daß sie eine Batterie schwere Artillerie sowie einige Maschinengewehre erbeuteten.

Rückzug der Kemalisten.

(Eigener Drahtbericht.) Wien, 19. Juli. Die Kemalisten verteidigen auf ihrem Rückzug das Land schrittweise und bleiben mit dem Feind in Fühlung.

Deutsches Reich.

Kohlensteuer.

Das Reichsgesetzblatt Nr. 65 veröffentlicht u. a. das Gesetz über die Verlängerung der Gültigkeitsdauer des Kohlensteuergesetzes.

Zur Förderung des Wohnungsbaues.

Im Reichsgesetzblatt Nr. 66 ist das Gesetz über die Erhebung einer Abgabe zur Förderung des Wohnungsbaues enthalten.

Gegen die Kapitalflucht.

Das Reichsgesetzblatt Nr. 69 bringt u. a. das Gesetz, betreffend Abänderung des Gesetzes gegen die Kapitalflucht vom 24. Dezember 1920.

Dr. v. Fleischhauer f.

Der langjährige frühere württembergische Kultusminister und Minister des Innern Dr. v. Fleischhauer ist im Alter von 68 Jahren gestorben.

Ausperrung von Eisenbahnarbeitern.

t. Erfurt, 18. Juli. Im Eisenbahndirektionsbezirk Erfurt wurden am Samstag mehrere hundert Eisenbahnamtungsarbeiter von der Direktion ausgesperrt. Wie das „Volk“ meldet, verurteilte die Direktion, entgegen den tariflichen Bestimmungen, längere Pausen in die tägliche Arbeitszeit einzuführen. Sie berief sich hierbei auf die Ermüdung, die bei der durcheinander Arbeit bei den Arbeitern eintrete. Die gewerkschaftlichen Organisationen der Eisenbahner, in erster Linie der Deutsche Eisenbahnerverband, gaben ihre Zustimmung zu der geplanten Arbeitszeitverlängerung nicht. Die benachteiligten Vorstände der Eisenbahnerverbände billigten die Ablehnung durch die Arbeiter. Darauf ist die Aussperrung erfolgt. In einem Anschlag der Direktion werden die Aussperrten aufgefordert, daß jeder, der sich dem Beschluß der Direktion fügen will, bis Samstag sich zu melden habe, um wieder eingestellt zu werden. Die Gewerkschaft der Eisenbahner fordert in einem Aufruf die Eisenbahnarbeiter auf, die Verlegung der Arbeitszeit abzulehnen und Disziplin zu bewahren.

Die Vereinfachung der Wasserstraßen in Bayern.

Der bayerische Landtag hat in seiner heutigen Sitzung die Regierungsvorlage über den Übergang der Wasserstraßen auf das Reich und über den Ausbau der Main-Donau-Wasserstraße einstimmig angenommen. Die Regierung hatte darauf hingewiesen, daß es sich hier um eine der bedeutendsten Vorlagen, ja um den Wendepunkt in der verkehrspolitischen und wirtschaftlichen Entwicklung Bayerns handle.

Auer zur Einordnung Garais.

Der mehrheitssozialistische Führer Auer soll nach der „Münchener Zeitung“ in dem niederbayerischen Orte Geislar in einer so-

zialistischen Versammlung erklärt haben, er halte es nicht für möglich und glaube nicht daran, daß die Ermordung des Abg. Garais aus politischen Gründen erfolgt sei.

Aus Elßaß-Lothringen.

Elßaß-Lothringen.

c. Mülhausen, 18. Juli. Am französischen Nationalfeiertag hat die biesige Arbeiterschaft, die Sozialisten und die freien Gewerkschaften, einen gewaltigen Demonstrationenzug für die im Lohnkampf stehenden Textilarbeiter veranstaltet. An ihm nahmen 15 000-20 000 Personen teil, die zahlreiche rote Banner und Plakate mittrugen mit der Aufschrift: „Nieder mit dem Militarismus! Hoch die Internationale! Nieder mit dem Nationalblut! Gebt unseren Kindern Brot und Kleider!“ Die Polizei verhielt sich reserviert und zog überall die Posten zurück, wo der Zug passierte.

Aus dem Stadtkreise.

Der Brotpreis.

Die durch die Presse gehende Nachricht von der Brotpreiserhöhung löst vielfach lebhaftes Bedauern aus. Es erscheint deshalb eine Aufklärung wünschenswert über Gründe und Ziel der Erhöhung. In dem am 15. August zu Ende gehenden Wirtschaftsjahr hat das Reich für die Verbilligung des Brotgetreides über 10 Milliarden aufgewendet, die es nur durch stärkere Inanspruchnahme der Notenpresse beschaffen konnte und die letzten Endes wieder durch Steuern abgedeckt werden müssen. Bei der ungenügenden Finanzlage ist das Reich auf die Dauer außerstande, eine Verbilligung in diesem Umfang fortzusetzen. Wie die anderen Länder, so muß auch Deutschland nothgedrungen zu einem Abbau der Getreide- und Brotverbilligung übergehen. Trotz der großen Bedenken wegen der finanziellen Auswirkung hat das Reichskabinett sich entschlossen, den Brotpreis nicht, wie es im ursprünglichen Plan beabsichtigt, um 50 Prozent, sondern gemäß einer auf Antrag des Abg. Weber eingebrachten Resolution des volkswirtschaftlichen Ausschusses um 40 Prozent zu erhöhen. Auch das bedeutet noch, daß allein für die ersten 7 Monate des kommenden Wirtschaftsjahres Verbilligungssummen des Reiches in Höhe von über 3 1/2 bis 4 Milliarden Mark zu leisten sind, also eine Belastung des Reiches, die neben seinen sonstigen gewaltigen Verpflichtungen außerordentlich drückend ist. Zu der in der Presse gekünderten Beschränkung, daß das rationierte Brot der Bevölkerung in schlechter Beschaffenheit verabfolgt werden wird, liegt kein Anlaß vor, zumal im neuen Wirtschaftsjahr die Brotproduktion fortfällt und das Brot nur aus reinem Brotgetreidemehl verbacken werden darf. Die einwandfreie Verarbeitung solchen Mehles wird durch die Kommunalverbände und Polizeibehörden überwacht werden.

Keine Trümpfer.

Aus Kreisen der gewerkschaftlichen Angestellten schreibt man uns: Durch den Aufruf im Gastwirtsgerwebe ist nun erneut das Publikum darauf hingewiesen, daß im Gastwirtsgerwebe angestellte Arbeiter und Arbeitnehmer durch beiderseitige Vereinbarung ein Tarifvertrag zustande gekommen ist, der das Prozentsystem als Entlohnung wieder veranfert. Es ist hier einerseits den Arbeitgebern entgegengekommen, um die Behauptung, bei der letzten Belastung durch Abgaben die feste Bezahlung des Bedienungspersonals nicht vornehmen zu können und durch den Vertrag ein Ausgleich geschaffen. Andererseits ist auch der Angestellte im Gastwirtsgerwebe berechtigt und verpflichtet, zu verlangen, daß ihm ein ausreichendes Einkommen zum Lebensunterhalt gesichert ist. Als Mittelweg zum Ausgleich hat man sich nun auf das Prozentsystem geeinigt. Durch die Verschiedenartigkeit der Betriebe sollte man auch im Interesse des Publikums einen einheitlichen Prozentsatz fest, so daß der bisherige Widerstand beim Konjunkturheftigt sein dürfte. Es läge nun im Interesse des gesamten Publikums und spe-

ziell in der Macht der Arbeiterschaft, diesen Vertrag reiflich zur Durchführung zu bringen. Es verdient hervorgehoben zu werden, daß das gesamte Bedienungspersonal des Gastwirtsgerwebes geschlossen hinter diesem Vertrage steht, und es liegt im Interesse des Publikums, keine Trümpfer mehr anzubieten. Es muß sich jeder Gast darüber klar sein, daß Trümpfergeben und empfangen gleichermaßen unfruchtbar ist. Jede weitere Verabfolgung von Trümpfern birgt den Keim zu neuen Gegensätzen zwischen Gast und Bedienung in sich, das als ein Mittel zur Förderung der Unruhe, der Unmoral und des Anreizsystems angesehen werden muß. Dem Angestellten stehen laut Tarifvertrag feste Garantien zu, so daß ein Recht auf Verdienst zugesichert ist. Die Angestellten wollen daher dem Trümpfergeben nicht ausgesetzt sein, sondern verlangen im Interesse des guten Einvernehmens zwischen Prinzipal und Gast, daß sich das Publikum mit der Neuerung abfindet und keine Trümpfer mehr gibt.

Die Gesellschaft für soziale Reform, Vorsitzender Prof. Dr. Franke, Berlin, erklärt neuerdings ebenfalls einen Aufruf in vorstehendem Sinne: „Nunere auf Beseitigung des mühseligen Trümpfersystems gerichteten Bestrebungen sind lange Zeit vergeblich geblieben. Erst jetzt ist es gelungen, die alte Unruhe grundtätig abzubauen. Durch die infolge der veränderten Lohnbewegungen im Gastwirtsgerwebe getroffenen Abmachungen zwischen den Organisations- und das Trümpfergehalt. Wir fordern das im Hotel-, Rest.-, Kaffee- und Konditoreibetrieb verkehrende Publikum auf, keine Trümpfer mehr anzubieten. Man bringe die Angestellten nicht mehr in Versuchung, denn jede Unwiderstandnahme birgt den Keim für neue Differenzen in sich, die sich leicht zu großen Kämpfen auswachsen können. Wirtschaftliche Erschütterungen haben wir genug. Die Ruhe kann daher nur durch die Einfißt des Publikums gewahrt bleiben.“

Portoerhöhung für Auslandspakete. Im Auslandspaketverkehr sind seit dem 20. März 1921 die Gewicht- und Versicherungsgebühren nach dem Verhältnis von 1 Franken = 10 M. erhöht worden. Entsprechend der inzwischen veränderten Bewertung der deutschen Mark und infolge der bedeutenden Erhöhung der an das Ausland zu verzinsenden Beförderungsgebühren sieht sich die Postverwaltung zur Verbilligung von empfindlichen wirtschaftlichen Schädigungen gezwungen, vom 1. August d. J. an die vorbestimmten Gebühren nach dem Verhältnis 1 Fr. = 12 M. zu erheben. Ueber die Einzelheiten geben die Postanhalten Auskunft.

Postpakete nach Südamerika. Von jetzt an werden Postpakete ohne Wertangabe bis zum Gewicht von 5 Kilogramm nach Columbia, Costa Rica und Nicaragua zur Beförderung durch die Niederlande mit holländischen Schiffen der Gesellschaft „Koninklijke West-Indische Maildienst“ angenommen. Desgleichen Postpakete ohne Wertangabe bis zum Gewicht von 5 Kilogramm nach Chile und Peru zur Beförderung über Bremen mit den alle vier Wochen durch den Panamakanal nach diesen Ländern fahrenden Schiffen der Deutschen Dampfschiffahrts-Gesellschaft „Rosmos“ und der Roland-Linie. Der erste Versand von Postpaketen nach Chile und Peru wird mit dem am 26. Juli von Bremen abgehenden Dampfer stattfinden. Nähere Auskunft erteilen die Postanhalten.

Paketverkehr ins belebte Gebiet. Bei den Postanhalten im besetzten rheinischen Gebiet gehen täglich zahlreiche einfuhrbewilligungspflichtige Pakete über 5 Kilogramm ein, denen der Absender keine Einfuhrbewilligung beigefügt hat in der missverständlichen Annahme, daß der Empfänger sie zu beschaffen und vorzulegen habe. Wenn es auch genügt, daß die Einfuhrbewilligung von dem Empfänger bei der Verzollung des Pakets vorgelegt wird, so ist doch Voraussetzung für dieses Verfahren, daß der Empfänger sich schon vor der Abendung des Pakets die Einfuhrbewilligung beschafft hat.

Schuhe, sowie alle anderen färbt man wie Braunschmied. Wilhelm Brauns, S. m. h. A., Quodlinburg, Verlangung Sie Gratiachrochre Nr. 2.

Was für Oberammergau Gemeindefreunde ist, 1833 einjüngigen einem Gelübde in gewaltiger Festpredemie, das ist für Adolph und Georg Fahnacht und ihr Freiburger Werk Familienüberlieferung, die auf 1780 und noch weiter zurückgeht. Beide haben gezeigt, daß sie eicht, ernst zu nehmende Künstler sind. Sie haben den Spielen einen würdigen Rahmen geschaffen, und es ist ihnen hoch anzurechnen, daß sie mit der Gestaltung dessen, was sie dem Auge darbieten, nicht einem der entsetzlichen Zsmusse Tribut leisteten, der alle unsere Künste zu verwüsten droht. Was sie als Darsteller leisten, ist jedes Lobes wert. Der Jesus Adolphs ist eine hohe, edle und schlichte Gestalt, ein Weiser und Menschenkenner, und doch ein Fremder auf der Erde, wie aus einer anderen Welt. Stimme und Gebärde lassen uns in Ehrfurcht erschauern. Dieser Jesus spricht in Schweizer. Da ist kein Virtuosenhumor und keine Pose. Alles ist wahr und einfach; die Stimme schwingt durch den weiten Raum wie eine Glode, die zur Andacht ruft. Georgs Judas ist ein ganzer Kerl, ein Verräter von Ehdort und Korn. Nichts von „Nüancen“ und „Mäggen“, wie die Bühne sie kennt. Der Künstler spielt nicht, er ist und er gibt. Von dem, was er spricht, geht keine Silbe verloren.

Nicht Bauernschauspieler sind die beiden Protagonisten, sondern Vertreter kultivierten Kunstertums. Und sie sind umgeben von Künstlern des Freiburger Stadttheaters, denen es, zumal den mit wichtigsten Sprechrollen betrauten Dilettanten, nicht schwer werden konnte, sich der Stil anzueignen, für den die Brüder Fahnacht Vorbild sind. Wir wissen, daß in Oberammergau die Sprechweise feineren Anforderungen nicht genügt, da die meisten Bauern entweder sentimental oder pathetisch sprechen. Manche wackere, manche vorreffliche Leistung! Zu rühmen vor allem der Wlatus des Herrn Hellbach-Kühn, der Kalphas des Herrn Stiehl, der Nathan des Herrn Rühlung, sowie der Verodes des Herrn Kuenner, der an Klarheit und Prägnanz der Sprache hinter den Berufskünstlern nicht zurückhand. Dabei, von Anfang bis zum Ende, die Tonstärke so zu bemessen, daß

das leise Wort an der entferntesten Stelle zu hören war. Der Todesseufzer Jesu „Eli, Eli, lama afabthani“ klang auf dem höchsten Range und war doch nur ein Hauch.

Dann die Apokal, die Jünger, die Pharisäer, die Wachen, die Diener, die Kriegsknechte, die Soldner, das Volk! Wer auf den zahlreichen Proben Zeuge davon war, mit welcher unendlicher Geduld und Sorgfalt Georg Fahnacht zusammen mit Harry Schäfer das Fahnachwerk kleiner und großer Gruppen einleitete und zur Vollendung brachte, dem wird das gute Gelingen schon der ersten Vorstellung am vorigen Samstag kein Wunder sein. Die Ehre, von Franz Philipp einstudiert, und als sie vor dem Tempel sangen, von ihm unfindbar sichtbar geleitet, klangen wunderbar und übten tiefe Wirkung aus, unterfüßt von den Klängen der Orgel.

Oberammergau spielt von acht Uhr früh bis kurz vor 12 Uhr mittags, und dann von halb zwei bis halb sechs Uhr, also beinahe acht geschlagene Stunden. Das Freiburg mit fünf Stunden und weniger auskommt und uns die Verankertigkeit bewahrt bis zum Schluß, dies empfanden wir dem Umstand, daß die Brüder Fahnacht die von Otkmar Weiß in die Oberammergauer Spiele eingefügten „Vorbilder“ ausgeschlossen hat. Dies sind Szenen aus dem Alten Testament, die, als lebende Wlber auf der Mittelbühne erscheinend, den Gang der Handlung unterbrechen. Für eine Freilichtbühne von der Größe der Freiburger ist eine solche Veranstaltung unmöglich.

Ein Wunsch wäre zu äußern: Nach dem Schlußchor wußte niemand, daß das Spiel am Ende sei. Könnten nicht die Sänger und Sprechenden vor der Verführung der Anfertelung sich auf dem Hofen sammeln, dort sitzen und mit Palmen winken? Wenn dies nicht angeht, so mag nach dem Schlußchor die Orgel brausend einsetzend und das Geleite gehen aus den Türen der Erhebung in den Altan.

Badische Politik.

Der Geschäftsführende Ausschuss der Deutschen Volkspartei, Landesverband Baden.

hat in seiner Sitzung vom 16. Juli beschlossen, Regierung und Landtag folgendes zu unterbreiten:

Nach den zurzeit geltenden Bestimmungen ergibt das Mandat der Mitglieder der Bürgerausschüsse, Gemeinderäte, Kreisversammlungen und Bezirksräte erst im November 1922. Es müssen also, nachdem erst in diesem Herbst Landtagswahlen stattfinden, im nächsten Jahre wieder allgemeine Wahlen im ganzen badischen Lande veranstaltet werden.

Die Deutsche Volkspartei fordert deshalb den Landtag, die zur Herbeiführung der Gemeindegewählungen im nächsten Jahre in Verbindung mit den Landtagswahlen erforderlichen Maßnahmen zu beschließen.

Es kommt hinzu, daß die neue Gemeindeordnung demnächst verabschiedet wird und diese Veränderung der gesetzlichen Grundlage auch eine neue Befugung der Selbstverwaltungskörper unumgänglich macht, die eigentlich selbstverständlich sein sollte.

Die Deutsche Volkspartei fordert deshalb den Landtag, die zur Herbeiführung der Gemeindegewählungen im nächsten Jahre in Verbindung mit den Landtagswahlen erforderlichen Maßnahmen zu beschließen.

Demnach wird die Deutsche Volkspartei zum ersten Male eine Fraktion in den badischen Landtag schicken, bleibt aber während eines ganzen Jahres, auf Grund der zurzeit geltenden Bestimmungen, in den Gemeinden ohne die ihrer Bedeutung entsprechende Vertretung.

Dieser Zustand kann nicht als gerecht angesehen werden. So ist es mit den Grundbesitzpolitischen Angelegenheiten unvereinbar, daß z. B. im Mannheimer Bürgerausschuss die Deutsche Volkspartei auf Grund der Wahlen im Frühjahr 1919 nur mit vier Mitgliedern vertreten ist, während in anderen die Entwicklung des parteipolitischen Lebens ihr schon bei der Reichstagswahl im Jahre 1920 über 14 000 Stimmen gebracht hat.

Die Deutsche Volkspartei gibt der bestimmten Erwartung Ausdruck, daß Regierung und Landtag dem hier ausgesprochenen, berechtigten Wunsch Rechnung tragen werden.

Desweiter hat der Geschäftsführende Ausschuss des Landesverbandes Baden der Deutschen Volkspartei sich veranlaßt gesehen, erneut zu erklären, daß die Deutsche Volkspartei in Baden ihre volle Unabhängigkeit auch in Zukunft allen Parteien gegenüber wahren wird.

Aus Baden.

Handwerker-Pensionsberechtigung.

Karlsruhe, 19. Juli. Der Landesverband der Gewerbe- und Handwerkervereine in Baden in Karlsruhe schreibt uns: In verschiedenen Tageszeitungen ist in letzter Zeit eine Reihe von Artikeln erschienen, aus welcher hervorgeht, daß sich eine Bewegung zur Sicherung der Ausgehörten an selbständige Handwerker bemerkbar macht, und daran die Bemerkung geknüpft worden, daß es das Verdienst des Handwerkervereins bleiben wird, zu diesem großen Werke die ersten Anregungen gegeben zu haben.

Die Bewegung begrüßen auch wir, dabei müssen wir aber bemerken, daß die weitere Feststellung auf einem Irrtum beruht. Denn es besteht heute schon in Baden für Handwerker und Gewerbetreibende eine Einrichtung, welche den genannten Zweck erfüllt, die Pensionskasse für Invaliden- und Altersrenten des Landesverbandes der badischen Gewerbe- und Handwerkervereine.

Diese gewährt gegen Zahlung von laufenden Beiträgen bzw. einer einmaligen Einzahlung eines bestimmten Betrages bei eintretender Erwerbsunfähigkeit ohne Rücksicht auf das Alter eine Invalidenrente bzw. bei Erreichung eines bestimmten Alters ohne Eintritt der Erwerbsunfähigkeit eine Altersrente.

In Verbindung mit dieser Pensionskasse steht auch die Heimstättenkolonie, deren Erbauung durch den Landesverband der bad. Gewerbe- und Handwerkervereine bei dem Erholungsheim St. Leonhard (Ueberlingen) bereits in Angriff genommen ist.

Den arbeitsunfähigen oder überwiegend arbeitsunfähigen Mitgliedern der Pensionskasse soll durch die Verbindung mit der Heimstättenkolonie die Möglichkeit gegeben werden, sich mit der von der Pensionskasse erhaltenen Invaliden- oder Altersrente bei der Heimstättenkolonie einzufassen, wobei sie eine dauernde Heimstätte haben.

Diejenigen, welche diese Stellen dazu beitragen, die Handwerker und Gewerbetreibenden auf die für sie bestehenden Einrichtungen aufmerksam zu machen, damit sie noch mehr als bisher diese zu ihrem eigenen Nutzen in Anspruch nehmen und sich gerne ein Opfer dafür bringen, wenn wie beim Landesverband geschehen, ein Aufruf zur Sammlung für diese ergeht.

Schweningen, 19. Juli. Der Katholische Frauenbund veranstaltete hier eine allgemeine Aufklärungsverammlung über die Ernährungsfrage, und die Milchwirtschaft. Die Vorsitzende, Frau Professor Dr. Erliche, begrüßte die Gäste. Landwirtschaftsminister Martin gab in einem 1 1/2 stündigen Vortrag einen Überblick über die Grundlage der landwirtschaftlichen Produktion, über das Wesen einer vernünftigen Ernährungsweise und über die zu berücksichtigenden Angaben über die Nahrungsmittel einer künftigen besseren Milcherzeugung.

U. a. schilderte er den Aufgabenstand sich mit der Errichtung ländlicher Milchzentralen der Badische Molkereiverband anschließen sollte.

Mingolsheim, 18. Juli. Im zweiten Wahlgang wurde Rudolf Reff mit 28 Stimmen gegen 26 Stimmen zum Bürgermeister gewählt.

Mannheim, 19. Juli. Verfloßene Nacht um 1 Uhr wurde die Berufsfeuerwehr nach der Allee hinauf gerufen. Auf dem Terrain der chem. Anstalt Th. G. Schmidt in der Allee brannte eine elektrifizierte Versuchsanlage, bestehend aus einem etwa 20 Meter hohen und etwa 6 Meter starken Turm mit Vorwärmer.

Der Turm war mit einem Holzgerüst umgeben. Zwischen dem Gerüst und dem massiven Mauerwerk des Turmes befand sich eine Isolierschicht, die Feuer gefangen hatte. Der Brand hatte sich dann auf das Gerüst übertragen. An der Bekämpfung des Brandes beteiligten sich außer der Fabrikfeuerwehr ein Teil der Freiwilligen Feuerwehr. Den vereinten Bemühungen gelang es, ein Umschlag des Brandes zu verhindern. Die Errichtung der Versuchsanlage hat einen Aufwand von 1 Million Mark erfordert. Der angerichtete Schaden geht in die Hunderttausende. Um 5 Uhr konnte die Berufsfeuerwehr wieder abrücken.

Mannheim, 19. Juli. (Eig. Drahtber.) Der Bürgerausschuss verabschiedete heute in vierstündiger Sitzung mehrere Vorlagen, die betreffen die zur Förderung der Wohnungswirtschaft mit der Errichtung von Wohnhäusern für die Stadtgemeinde dadurch den Anfang zu machen, daß 3 Hauptplätze in Neckarau nebst den darauf durch Baumeister Koll zu erstellenden Wohnbauten mit zusammen 20 Wohnungen von einem Zimmer und 2 Zimmer mit Küche mit einem Gesamtaufwand von 998 000 Mk. übernommen werden.

Weiterhin übernimmt die Gemeinde für die von der gemeinnützigen Baugesellschaft m. b. H. aufgenommenen Darlehen Bürgerhaft bis zu 90 Prozent des Gesamtaufwandes. Weiterer Aufwand wird durch Anleihen der Stadt gedeckt werden, eine Anleihe aus den letzten Jahren von 2 1/2 Millionen Mark wird erweitert durch Bewilligung von weiteren 2 1/2 Millionen Mark. Für das Rechnungsjahr 1921 wird eine Gemeindesteuer von 1 800 Mark auf 100 Mark Steuerwert erhoben.

Mannheim, 19. Juli. Der Untersuchungsgefängnis-Schreiber Willi Dittko rief sich auf offener Straße vor dem ihn begleitenden Schutzmann los. Der Schutzmann schoß auf den Flüchtigen und verletzte ihn.

Mannheim, 18. Juli. Beim Baden ist der 34jährige Rangierer Hermann Schröder in der Mühlaustraße ertrunken.

Mannheim, 19. Juli. Zum Streik auf den Rheinischleppdampern ist zu berichten, daß der Oberpräsident der Rheinprovinz als Chef der Rheinischleppdamperverwaltung auf Befehl der interalliierten Schiffsfahrtskommission eine Bekanntmachung erlassen hat, daß die Arbeit sofort wieder aufzunehmen ist.

Heidelberg, 18. Juli. Die letzten Verhandlungen zwischen der Direktion der Baggonfabrik Fuchs und der Organisation der Angestellten hatten kein Ergebnis, daß eine besondere Zusage in Beträgen von 10 bis 125 M monatlich gemacht wird, wodurch die Gehaltsbewegung unter den Angestellten beendet werden konnte.

Heidelberg, 18. Juli. Aus Herford wird berichtet, daß aus Anlaß der Trauerfeier für Oberbürgermeister Ruffe Rathaus und Rathausplatz entsprechenden Trauerhymnen hatten. Der Balkon war mit schwarzem Tuch verhüllt und die Fahnen wehten auf Halbmast.

Der Herforder Stadtratspräsidenten hielten eine Trauerfeier ab. Bürgermeister Damer hielt eine ergreifende Gedächtnisrede und verlas zum Schluß eine Reihe von Beileidskundgebungen, darunter vom Stadtrat Heidelberg und der badischen Staatsregierung. Am Samstag wurde die Leiche des Ermordeten durch die mit schwarzem Flor geschmückten Straßen nach dem Friedhof überführt. Die Sonntagsschmerzandachten werden, wie in der Beerdigung von Mitgliedern der Eisenbahndirektion mit hiesigen Körperlichkeiten hervorgehoben, nun auch für Heidelberg eingeführt werden. Es sind 40 verschiedene Fahrpläne vorgeschlagen, die voraussichtlich ab 7. August zur Ausgabe gelangen.

Heidelberg, 19. Juli. Ganz seltsame Voraussetzungen im Zusammenhang mit dem Doppelmord an den beiden Bürgermeistern werden von der hiesigen Staatsanwaltschaft behauptet. Der Frankf. Generalanzw. berichtet, daß eine Frankfurterin auf der Redaktion erschienen ist und von ihrer Fähigkeit der Wahrheit zu erzählen erzählte. Sie teilte dabei auch mit, daß sie einige Tage vor der Auffindung der Leichen an die Heidelberger Staatsanwaltschaft einen Brief geschrieben habe, worin sie mitteilte, daß sie im Zustand der Wahnsinnigkeit den Vorgesand bei der Ermordung der Bürgermeister gelehen habe. Sie gab in dem Brief auch an, die Mordtelle befände sich in der Nähe eines großen Ortes; die Leichen fände man zwischen Feldrücken liegend. Die Staatsanwaltschaft behauptet nun, daß tatsächlich schon einige Tage vor Auffindung der Leichen das Schreiben der Frankfurterin bei der Staatsanwaltschaft hier eingelaufen ist. Nachdem die Leichen gefunden sind, konnte festgestellt werden, daß der Wahnsinn vollständig mit den Tatsachen übereinstimmte. Auch eine Heidelbergerin, Fräulein Bucher, die als Helferin bekannt ist, hat laut „Deidol. Tagbl.“ vor Auffindung der Leichen die Richtung genau bezeichnet, wo die Ermordeten lagen. Diese Mitteilungen dürften für die wissenschaftliche Welt zweifellos ein sehr hohes Interesse beanspruchen.

Weinheim, 19. Juli. Anlässlich des 40jährigen Priesterjubiläum des Geistlichen Rats Gustav Beder, der im 65. Lebensjahre steht, überreichte der katholische Stiftungsrat dem Jubilar zur Neubelebung der Kirchenglocken eine Glockenspende von über 30 000 M.

M. u. A. H., 19. Juli. In der durch die Gesundheitsfrage von Seiten der Gemeindebeamten entstandenen Streitfrage, hat die opponierende überwiegende Mehrheit des Bürgerausschusses am letzten Sonntag eine allgemeine Versammlung der Bürger angefordert, worin die Streitfrage zur allgemeinen Aussprache und Diskussion gestellt worden ist. Der überaus große Andrang der Bürger hatte in der Aussprache eine lebhafteste Stimmung gegen die angeforderten Gehälter der Beamten hervorgerufen, die schon dadurch zum Ausdruck gekommen ist, daß dem opponierenden Teil des Bürgerausschusses das volle Vertrauen einstimmig bewiesen wurde. Es wurde dem Bürgerausschuss anheimgegeben, nochmals in Form einer zu ernennenden Kommission mit den Gemeindebeamten zu verhandeln, wobei die Streitfrage auf gültigem Wege geregelt werden soll. Nicht unerwähnt blieb aber der feste Entschluß der allgemeinen Bürgermajorität, die angeforderte Gehaltserhöhung, die z. T. bis zum 20-fachen

Friedensgehalt reicht, keineswegs zu genehmigen, sondern nur einer neuen Befolgung die Zustimmung zu geben, die als genügend für die hiesigen Verhältnisse und die Zeitaufwendung betrachtet werden kann.

Baden-Baden, 19. Juli. Wie wir schon berichteten unterstützt das badische Kultusministerium durch Rat und Tat das Schillerfestenheim in Baden-Baden. Da auch andere deutsche Bühnen an dem Lager teilnehmen, hat das bayerische Landwirtschaftsministerium in dankenswerter Weise seinen Vogelschützen, den bekannten Pädagogen und Hofmeister Dr. Haenel auf einige Tage offiziell in das Lager zu senden beschlossen, damit dieser Augen, Ohr und Herz für die Vogelwelt öffnen lehrt. Dekonomierat Viehauer-Rakatt hat die Freundlichkeit, sein landwirtschaftliches Mustergut zu zeigen. Vom 15. Juli bis 20. Juli kommen norddeutsche, ab 30. Juli bis 14. August süddeutsche, vorwiegend badische Bühnen. Auch einige schweizer, österreichische und holländische Pfadfinder sind angemeldet. Solange Entente-truppen deutsches Gebiet besetzt halten, pflegt der Deutsche Pfadfinderbund mit Entente-pfadfindern seinen Verkehr. Für die zweite Abteilung sind noch 10 Plätze frei. Die Anfahrtsliste lautet: Pfadfindersport Baden-Baden.

Baden-Baden, 19. Juli. Altstadtrat St. Rath, eine hier sehr geschätzte Persönlichkeit, feierte am Samstag seinen 80. Geburtstag. Altstadtrat Rath hat sich besonders um die städtischen Sammlungen verdient gemacht.

Offenburg, 19. Juli. Am kommenden Mittwoch vormittags 10 Uhr halten im hiesigen kath. Gesellenhaus die Diözesanverbände der kath. Arbeiter- und Arbeiterinnenvereine ihre diesjährige Aussprache ab.

Kappel a. Rh., 18. Juli. Heute beging die Witwe Magdalena Stump, die schon seit einer Reihe von Jahren gänzlich erblindet ist, ihren 100. Geburtstag.

Meisbach b. Emmendingen, 19. Juli. Der Maurer August Beha starzte beim Kirchengerechen von einem Baum und erlitt so schwere Verletzungen, daß er starb.

Müllheim, 19. Juli. Bei schönstem Wetter wurde am Sonntag unter zahlreicher Beteiligung von nah und fern in der neuen städtischen Festhalle der Gausängertag des Unteren Markgräfler Sängerverbandes abgehalten. Stadtrat Sackler, der Vorstand des Müllheimer Gesangvereins, begrüßte die Festversammlung und wies besonders auf die große Bedeutung des deutschen Männergesanges hin. Bürgermeister Schämmerle bot im Namen der Stadt den Sängern herzlich willkommen. Die gefälligen Darbietungen der einzelnen Vereine, die zum Teil recht gut waren, fanden ungeteilte Aufmerksamkeit und reichen Beifall. Kapellmeister Gündel, der die Oberleitung führte, löste seine Aufgabe aufs Beste. Es waren vertreten die Vereine Raltenbach, Oberraggingen, Luggen, Buggingen, Seefeld, Badenweiler, Brisingen, Wipburg, Hülshelm, Niederweiler, Laufen, Dattingen, Müllheim (Gesangverein und Arbeiterbildungsverein), Schillingen, Bienen, Zunningen, Riel. Dem früheren Gauvorsitzenden, Herrn Ratschreiber Ludwig Muser, wurde ein Diplom als Ehrenvorsitzender überreicht.

Reh a. S., 19. Juli. Die Dienstmagd des Landwirts Moser in Unterentersbach stürzte von der Heubühne so unglücklich ab, daß ihr ein Beinlähm in den Unterleib drang. Sie konnte noch selbst den Besenlöffel entfernen und wurde ins Krankenhaus nach Reh, später nach Offenburg verbracht. Die Verlesung ist lebensgefährlich.

Donauinsingen, 19. Juli. Bei der letzten Bürgermeisterversammlung des Bezirkes, die sich insbesondere mit der Frage des Krankenhausbauens beschäftigte, erklärten die beiden Gemeindevorstände, Bräunlingen und Mundelfingen, im Prinzip ihre Mitwirkung. Da den Gemeinden ihre Beteiligung in geringen Jahresraten auf 30 Jahre wesentlich leicht gemacht ist, wird es an weiteren Zustimmungen nicht fehlen.

Chrsberg (M. Schönau), 18. Juli. Im Zusammenhang mit der Ermordung der M. M. M. wurde der hiesige Polizeidienst verhaftet.

Schenkzell b. Wolfach, 19. Juli. Bei der Bürgermeisterwahl wurde der seitherige Ortsvorstand Stockmüller-Gruber mit großer Mehrheit wiedergewählt.

Kurtwangen, 19. Juli. Im Nounenbachtal der Gemeinde Obermünswald ist ein größerer Waldbrand ausgebrochen. Wie wir hören, sind 1000 Ster Papierholz, welche der Papierfabrik in Neuhadt gehörten, dem Feuer zum Opfer gefallen.

Tittsee, 18. Juli. Aus dem Gedächtnis des hiesigen Stationsgebäudes wurden zwei Koffer entwendet, im Freien erbrochen und beraubt. Der Inhalt bestand aus Kleidern und Schmuck im Gesamtwerte von 74 970 M.

Zeitsien, b. Waldsiedl, 19. Juli. Der Jahntechniker Viktor Schalk in Zeitsien geriet auf seinem Fahrrad unter ein Auto, wurde überfahren und getötet.

Vörsach, 18. Juli. Eine Bezirksversammlung der Sozialdemokratischen Partei des 2. Wahlkreises stellte als Spitzenkandidaten zur Landtagswahl auf: E. Rößl-Vörsach, Ab. Kießlich-Vörsach und Brandhuber-Brennet.

Konstanz, 19. Juli. Ein peinlicher Vorfall ereignete sich auf einem von Konstanz nach Friedrichshafen fahrenden Bodenseedampfer. Eine missfahrende Dame aus Lindau hatte im Abortraum ihr Sandtäschchen vergessen. Da sich niemand als Finder meldete, wurde durch das Schiffpersonal eine allgemeine Untersuchung der Passagiere vorgenommen und das Täschchen dann in der Stofftasche einer missfahrenden Dame aufgefunden, die in der Nähe zur Kur weilte.

Konstanz, 19. Juli. Für den Posten des Theaterdirektors ist der langjährige Leiter der Stadttheater in St. Gallen und in Polen, Franz Gottscheid, in Aussicht genommen.

Singen a. S., 19. Juli. Das Fahrpersonal eines Güterzuges endete hinter der Pufferstange ein Vogelneß, in das ein Notschwanzhahn seine Eier gelegt hatte.

Stimmen aus dem Publikum.

(Für Veröffentlichungen unter dieser Rubrik übernimmt die Redaktion keine Verantwortung.)

Die außergewöhnliche Dürre dieses Sommers hat einen Zustand gezeitigt, der in der Land- und Forstwirtschaft ebenso gefunden wird wie von dem Bewohner der Stadt. Hier sind es neben Gärten und Anlagen auch die Baumbeplanten Straßen, die infolge der Regenlosigkeit ein vollkommenes Verfallsbild zeigen. Rahl reden die Bäume ihre Arme gen Himmel und rauchelndes Raub deckt dürr und gelb gefärbt den Boden. Die Lungen der Großstadt beginnen ihren Dienst einzustellen und bald werden die Straßen in der sommerlichen Hitze schattenlos liegen.

Ich möchte diese betrübende Tatsache zu einer Anregung benutzen, sie kommt jetzt vielleicht schon zu spät, könnte aber für kommende Jahre beherzigt werden. Es wäre zweifellos möglich gewesen, besonders zu einer Zeit, als die Dürre sich zwar schon empfindlich bemerkbar zu machen begann, die Wassermot aber noch nicht den jetzigen Grad erreicht hatte, vorbeugende Maßnahmen zu treffen. Durch Anlage und Unterhaltung kleiner Bewässerungsgräben zugs um die Stämme hätte die Stadt bei Zeiten vorarbeiten und die Anwohner mit Bäumen beplanter Straßen auffordern müssen, täglich einige Eimer Wasser den vor ihren Häusern stehenden Bäumen zuzuführen. Ich bin überzeugt, daß sich diese gern der geringen Überwallung unterzogen haben würden, wenn sie dadurch nicht nur zur Erhaltung des allgemeinen Straßenbildes hätten beitragen, sondern auch im eigenen Interesse hätten handeln können. Eine offizielle Aufforderung hierzu durch die Tagespresse hätte zweifellos genügt. Rechtzeitiges spontanes Eingreifen durch die Bewohner wird niemals gleichmäßig zu erreichen sein; auch fehlt Vielen nicht nur das Verständnis, sondern auch die Erfahrung des richtigen zeitlichen Einflusses einer solchen Maßnahme. Wenn die zuständigen Stellen sich diesen Tatsachen nicht verschließen, rechtzeitig und durchgreifend die Folgerungen ziehen und mit eigener Initiative einen Appell an den Gemeinfinn der Bewohner vereinigen, so meine ich, könnte ein Zustand vermieden werden, der der Stadt aus hygienischen und anderen Gründen nicht zum Vorzug gereicht. E. H.

Wittmoos, den 20. Juli. Koncerthaus. „Die Rose von Stambul“. 7 Uhr. Weltpanorama. Trol. Moninger-Restaurant. Gartenkonzert. 8 Uhr. Kaffeehaus. Sonderkonzert. 8 1/2 Uhr. Kaffeehaus. Täglich Künstlerkonzert.

Wittmoos, den 20. Juli. Wetternachrichtendienst der bad. Landeswetterwarte in Karlsruhe auf Grund land- u. lufttelegraphischer Meldungen Beobachtungen vom Dienstag, 19. Juli 1921. 8 Uhr morgens (M.E.S.)

Wittmoos, den 20. Juli. Wetternachrichtendienst der bad. Landeswetterwarte in Karlsruhe auf Grund land- u. lufttelegraphischer Meldungen Beobachtungen vom Dienstag, 19. Juli 1921. 8 Uhr morgens (M.E.S.)

Wittmoos, den 20. Juli. Wetternachrichtendienst der bad. Landeswetterwarte in Karlsruhe auf Grund land- u. lufttelegraphischer Meldungen Beobachtungen vom Dienstag, 19. Juli 1921. 8 Uhr morgens (M.E.S.)

Wittmoos, den 20. Juli. Wetternachrichtendienst der bad. Landeswetterwarte in Karlsruhe auf Grund land- u. lufttelegraphischer Meldungen Beobachtungen vom Dienstag, 19. Juli 1921. 8 Uhr morgens (M.E.S.)

Wittmoos, den 20. Juli. Wetternachrichtendienst der bad. Landeswetterwarte in Karlsruhe auf Grund land- u. lufttelegraphischer Meldungen Beobachtungen vom Dienstag, 19. Juli 1921. 8 Uhr morgens (M.E.S.)

Wittmoos, den 20. Juli. Wetternachrichtendienst der bad. Landeswetterwarte in Karlsruhe auf Grund land- u. lufttelegraphischer Meldungen Beobachtungen vom Dienstag, 19. Juli 1921. 8 Uhr morgens (M.E.S.)

Wittmoos, den 20. Juli. Wetternachrichtendienst der bad. Landeswetterwarte in Karlsruhe auf Grund land- u. lufttelegraphischer Meldungen Beobachtungen vom Dienstag, 19. Juli 1921. 8 Uhr morgens (M.E.S.)

Wittmoos, den 20. Juli. Wetternachrichtendienst der bad. Landeswetterwarte in Karlsruhe auf Grund land- u. lufttelegraphischer Meldungen Beobachtungen vom Dienstag, 19. Juli 1921. 8 Uhr morgens (M.E.S.)

Wittmoos, den 20. Juli. Wetternachrichtendienst der bad. Landeswetterwarte in Karlsruhe auf Grund land- u. lufttelegraphischer Meldungen Beobachtungen vom Dienstag, 19. Juli 1921. 8 Uhr morgens (M.E.S.)

Wittmoos, den 20. Juli. Wetternachrichtendienst der bad. Landeswetterwarte in Karlsruhe auf Grund land- u. lufttelegraphischer Meldungen Beobachtungen vom Dienstag, 19. Juli 1921. 8 Uhr morgens (M.E.S.)

Wittmoos, den 20. Juli. Wetternachrichtendienst der bad. Landeswetterwarte in Karlsruhe auf Grund land- u. lufttelegraphischer Meldungen Beobachtungen vom Dienstag, 19. Juli 1921. 8 Uhr morgens (M.E.S.)

Wittmoos, den 20. Juli. Wetternachrichtendienst der bad. Landeswetterwarte in Karlsruhe auf Grund land- u. lufttelegraphischer Meldungen Beobachtungen vom Dienstag, 19. Juli 1921. 8 Uhr morgens (M.E.S.)

Wittmoos, den 20. Juli. Wetternachrichtendienst der bad. Landeswetterwarte in Karlsruhe auf Grund land- u. lufttelegraphischer Meldungen Beobachtungen vom Dienstag, 19. Juli 1921. 8 Uhr morgens (M.E.S.)

Wittmoos, den 20. Juli. Wetternachrichtendienst der bad. Landeswetterwarte in Karlsruhe auf Grund land- u. lufttelegraphischer Meldungen Beobachtungen vom Dienstag, 19. Juli 1921. 8 Uhr morgens (M.E.S.)

Wittmoos, den 20. Juli. Wetternachrichtendienst der bad. Landeswetterwarte in Karlsruhe auf Grund land- u. lufttelegraphischer Meldungen Beobachtungen vom Dienstag, 19. Juli 1921. 8 Uhr morgens (M.E.S.)

Wittmoos, den 20. Juli. Wetternachrichtendienst der bad. Landeswetterwarte in Karlsruhe auf Grund land- u. lufttelegraphischer Meldungen Beobachtungen vom Dienstag, 19. Juli 1921. 8 Uhr morgens (M.E.S.)

Wittmoos, den 20. Juli. Wetternachrichtendienst der bad. Landeswetterwarte in Karlsruhe auf Grund land- u. lufttelegraphischer Meldungen Beobachtungen vom Dienstag, 19. Juli 1921. 8 Uhr morgens (M.E.S.)

Wittmoos, den 20. Juli. Wetternachrichtendienst der bad. Landeswetterwarte in Karlsruhe auf Grund land- u. lufttelegraphischer Meldungen Beobachtungen vom Dienstag, 19. Juli 1921. 8 Uhr morgens (M.E.S.)

Wittmoos, den 20. Juli. Wetternachrichtendienst der bad. Landeswetterwarte in Karlsruhe auf Grund land- u. lufttelegraphischer Meldungen Beobachtungen vom Dienstag, 19. Juli 1921. 8 Uhr morgens (M.E.S.)

Wittmoos, den 20. Juli. Wetternachrichtendienst der bad. Landeswetterwarte in Karlsruhe auf Grund land- u. lufttelegraphischer Meldungen Beobachtungen vom Dienstag, 19. Juli 1921. 8 Uhr morgens (M.E.S.)

Wittmoos, den 20. Juli. Wetternachrichtendienst der bad. Landeswetterwarte in Karlsruhe auf Grund land- u. lufttelegraphischer Meldungen Beobachtungen vom Dienstag, 19. Juli 1921. 8 Uhr morgens (M.E.S.)

Wittmoos, den 20. Juli. Wetternachrichtendienst der bad. Landeswetterwarte in Karlsruhe auf Grund land- u. lufttelegraphischer Meldungen Beobachtungen vom Dienstag, 19. Juli 1921. 8 Uhr morgens (M.E.S.)

Bestecke reicher Auswahl — erster Fabrikate zu äußersten Tagespreisen J. Petry Wwe., Hofl. Kaisersstraße 102. Telephon 1558.

Wirtschafts- und Handels-Zeitung

Vollversammlung der Handwerkskammer Karlsruhe.

Am 15. Juli nachmittags und am 16. Juli vormittags hielt die Handwerkskammer Karlsruhe im Rathhausaal der Stadtgemeinde Bühl unter zahlreicher Beteiligung von Handwerkern aus Bühl und Umgebung eine öffentliche Vollversammlung ab. In seinen einleitenden Worten begrüßte der Vorsitzende der Kammer, Reichstagsabgeordn. J. J. M. A. u. u., die Erschienenen, besonders die Vertreter der Regierung, Behörden usw. In klaren Worten schilderte er die derzeitige politische, wirtschaftliche und finanzielle Lage unseres Reiches.

Syndikus E. D. r. e. s. betonte im Tätigkeitsbericht der Kammer die Einwirkungen des Krieges, der Revolution und deren Begleiterscheinungen auf die Produktionsfähigkeit im deutschen Wirtschaftsleben und auf den Geschäftsgang in den einzelnen Handwerkszweigen. Das Arbeitsgebiet der Kammer, ihre Tätigkeit im Innern, in zahlreichen Versammlungen, Sitzungen und Besprechungen mit Behörden hat einen bedeutenden Umfang angenommen, besonders auf wirtschaftspolitischen, sozialpolitischen und finanzpolitischen Gebiet. Im einzelnen erstreckte sich der Bericht auf die Erhaltung von Gütern, das Prüfungs- und Schulwesen, den Fachunterricht, Zuzugneidetur, das Lehrlingswesen, die Tätigkeit des Verdigungsamtes usw. Die Kammer wendet sich gegen die Pflanzarbeit der Arbeitnehmer nach der achtstündigen Arbeitszeit, gegen den milden Käuferhandel und Wanderlagerverkäufe durch Gewerkschaften und Beamtenorganisationen, gegen jeden verteilten wie offenen Kommunalisierungsversuch, besonders gegen staatliche und städtische Regiebetriebe, durch welche die Defizite der Städte und des Staates ins Unerträgliche erhöht werden. Eine noch weitere Belastung durch Reichs- und Landessteuern und städt. Umlagen würde schwere volkswirtschaftliche Schädigungen mit sich bringen. Das gesamte badische Handwerk hat sich eine Spitzenorganisation, den Bad. Handwerksrat geschaffen, der sich mit der Lösung von Fragen berufsständischer Art befaßt, bei denen es sich um Sein oder Nichtsein des Handwerks handelt. Ihm gehören die vier bad. Handwerkskammern, nämlich 30 bad. Fachverbände, der Landesverband bad. Gewerbe- und Handwerkervereinigungen und der bad. Genossenschaftsverband an.

Zu dem Entwurf des Reichsarbeitsgesetzes nahm die Vollversammlung eingehend Stellung. Das Handwerk lehnt das Gesetz ab, weil es die Meisterlehre erschlüsselt und die Grundlage der Heranziehung eines fachlich und sittlich durchgebildeten Nachwuchses vernichtet. Der Entwurf erklärt den Lehrling zum Arbeiter und will die Rechtsverhältnisse im Arbeitsstadium regeln. Schon aus rechtlichen Gründen wendet das Handwerk sich gegen diesen Plan, da nach dem noch geltenden Gesetz und der einmütigen Ansicht der Handwerksmeister der Lehrling Lehrender, also Schüler ist und nicht Arbeiter. Die Tarifvertragsuntreue, das Heranziehen des Lehrlings in den Voh- und Arbeitskampf, in die gewerkschaftlichen Bewegungen, die Untergrabung der Autorität der Meister, die das Gesetz zur Folge hätte, geben kein Gewähr für eine gute Erziehung und Ausbildung der Jugend. Die Folgen der Eingriffe in das Lehrlingswesen zeigen sich bereits heute in der sittlichen Verminderung und Arbeitsunlust, die auch das Gewerbeaufsichtsamt Karlsruhe in seinem Jahresbericht 1920 beklagt. Fehlt es den Handwerkern an tüchtigem Nachwuchs, der Industrie an einem Stamm theoretisch und praktisch vorgebildeten Personals, so werden die deutsche Volkswirtschaft und der Staat schwere Schädigungen erleiden. Die Befestigung des Handwerks als Berufsstand bedeutet für den Staat den Verlust eines Standes, auf den er sich stets verlassen konnte. Einmütig schloß sich die Vollversammlung der Entschiedenheit des Reichsverbandes des deutschen Handwerks an, die den Entwurf des Reichsarbeitsgesetzes ablehnt. Das Handwerk ist bereit, eine Neuregelung des Lehrlingswesens unter Heranziehung der Gesellen, die in Handwerksbetrieben beschäftigt sind, vorzunehmen; in dieser Hinsicht ist die Handwerkskammer Karlsruhe bereits vorbildlich vorgegangen durch Bildung paritätischer Sachausschüsse.

Zu dem Entwurf des Reichsrahmengesetzes über die Berufsvertretung des Handwerks und Gewerbes unter Berücksichtigung der Abänderungsvorschläge begl. Verrückung der Ueberorganisation usw., die auf der Bayreuther Tagung des deutschen Handwerks beschlossen wurden, gab die Vollversammlung durch Annahme der Entschließung von Bayreuth ihre einmütige Zustimmung. Die Gliederung der Berufsgruppen wird nach rein sachlichen und regionalen Grundrissen vorgenommen. Zünfte, Landesfachverbände, Reichsfachverbände, Handwerks- und Gewerbeämtern, das sollen die geschlichen Organisationen und Berufsvertretungen des Handwerks und Gewerbes sein. Jeder Handwerker hat seiner Fachorganisation anzugehören. Die Aufgaben der Kammern und Fachorganisationen auf sozialpolitischem und wirtschaftspolitischen Gebiet, ihre Rechte und Pflichten werden auf eine breitere Grundlage gestellt. Die Pflichtenungen werden freier sein als die bisherigen an allen Ecken befürderten und behördlich bedrömmelten Zwangsbindungen. Das Handwerk will Organisationen mit Selbstverwaltung schaffen, durch diese die Berufsfreunde und das Berufsgewissen fördern, die Eigenart des Handwerks bewahren und den Berufsstand als solchen erhalten.

Die Verhandlungen nahmen am Samstag Vormittag ihren Fortgang und zwar ohne Gesellenausfluß. Der zweite Vorsitzende der Kammer, Schlossermeister Blum in Karlsruhe, sprach über den Wiederaufbau der zerstörten Gebiete Nordfrankreichs und Belgien. Seine

Ausführungen, an die sich eine rege Aussprache angeschlossen, fanden großes Interesse. Der Wiederaufbau legt dem deutschen Volk kaum erträgliche Lasten auf, hängt aber eng zusammen mit der Gesundung des deutschen Wirtschaftslebens. Es ist zu hoffen, daß Rathenau das ihm gestellte Problem lösen wird, die privaten Vermittlungsstellen für Aufträge, die Genossenschaften sind nur entstanden, weil das Wiederaufbauministerium nicht rechtzeitig mit einem Minister beauftragt wurde und so eine erfolgreiche Arbeit und Organisation nicht möglich war. Das Handwerk wird sich durch Lieferung vorbildlicher Wiederaufbauarbeiten, verbesserter Produkte, seiner Bedeutung als besonderer Wirtschaftsfaktor entsprechend, an den Lieferungen beteiligen. Der Arbeitslosigkeit in Deutschland wird gesteuert werden können. Der Preis wird eine bedeutende Rolle spielen; Reparationsgewinne sind zu verwerfen, da der Staat, d. i. das deutsche Volk, doch alles bezahlen muß. Die Verteilung der Aufträge erfolgt vom Staat durch die Auftragsämter der Länder, aber auch auf privatem Wege werden Lieferungen gemacht. Die Ausgleichsstelle der Länder soll für gerechte Verteilung Sorge tragen. Baden, dem nur 4,3% der Lieferungen zugedacht werden, muß entsprechend seinen Rohstoffen und seiner Leistungsfähigkeit berücksichtigt werden. Dem süddeutschen Einfluß soll durch die „Südd. Vereinigung der Auslandslieferungen“ genannt „Südepa“ Geltung verschafft werden. Die Landeswirtschaftsstelle für das bad. Handwerk, die der Wirtschaft als Genossenschaft angehört und als Spitzenorganisation des bad. Handwerks für Arbeitsbeschaffung von Staat und Reich anerkannt ist, vermittelt private und alle vom bad. Auftragsamt für das Handwerk zu vergebenden staatlichen Aufträge.

Als nächsten Punkt, der eine rege Aussprache herbeiführte, behandelte Vorstandsmitglied Schreinermeister Wörz-Pfarrheim das Verdingungswesen. Er schilderte die Entwicklung und die Kämpfe auf dem Gebiete des Submissionswesens vor und nach dem Kriege. Die Behörden haben teilweise erkannt, daß das billigste Angebot nicht das Beste ist, weil der Beschaffung auch die Lieferung entspricht. Die die Materie bearbeitenden Beamten der vergebenden Stellen müssen Sachverständige sein und das Wesen des Verdingungswesens kennen, sie dürfen nicht bürokratisch einzeln und allein nach Paragraphen handeln, sie müssen die Lebensnotwendigkeit der Handwerker berücksichtigen, Wert auf solide Arbeit und Qualitätsware legen und auf richtige Kalkulation achten. Das alte Submissionswesen wurde auf Verlangen der vier badischen Kammern in der Sitzung Ende November 1918 in Offenburg, wozu die Handwerkskammer Karlsruhe die Vorarbeiten geleistet hatte, teilweise abgeschafft. Staat und Städte haben den Forderungen Rechnung getragen, die Arbeiter wurden nach einem bestimmten Modus vergeben. Da man stellenweise wieder zum alten Submissionswesen zurückkehren will, sind bereits seit längerer Zeit mit Regierung, Behörden und Städten Verhandlungen eingeleitet worden. Es ist zu hoffen, daß das schwierigste Problem nunmehr auf Grund der bisherigen Erfahrungen eine beide Teile einigermaßen befriedigende Lösung finden wird. Das Material, das die kaufmännische Abteilung des Forschungsinstituts für rationelle Betriebsführung im Handwerk an der Handelshochschule Mannheim auf dem Gebiete des Kalkulationswesens und der Berechnung der Unkostenfrage bearbeitet und herausgibt, dient als wertvolle Unterlage für die Handwerker und die vergebenden Stellen. Auch das Verdingungsamt der Handwerkskammer Karlsruhe beschäftigt sich intensiv mit der Sache, um das Verdingungswesen in die richtige Bahn zu leiten.

In einem weiteren Vortrag sprach Regierungsrat Buc er i u s vom Landesgewerbeamt als Gründer des Forschungsinstituts für rationelle Betriebsführung im Handwerk über die Bedeutung der wirtschaftlichen Betriebsführung im Handwerk für den einzelnen Unternehmer, für die deutsche Volkswirtschaft und den Staat.

Die Notwendigkeit, Lebens- und Konfirrenzfähigkeit zu bleiben, dem Konsumentenwillen standzuhalten, zwingt den Handwerker, mit dem geringsten Aufwand die höchste Leistung oder mit dem gleichen Aufwand wie früher größere Leistungen zu erzielen. Eingebende Materialkenntnisse, zweckdienliche Werkzeuge, maschinell mit Motorkraft eingerichtete Betriebe sind daher die Grundlagen der wirtschaftlichen Betriebsführung. Das Forschungsinstitut hat eingehende Untersuchungen und Versuche veranstaltet und dabei recht interessante Ergebnisse gefunden, die dem Handwerker zur praktischen Vermertung zugänglich gemacht werden. Erfreulicherweise hat das Handwerk in den letzten Jahren die Betriebe teilweise verbessert und kaufmännisch organisiert. Das Forschungsinstitut ist als Zentrale für ganz Deutschland geschaffen und wird von der Reichsregierung unterstützt. Den interessantesten Ausführungen folgten die Anwesenden mit großer Aufmerksamkeit und wirtschaftlichem Beifall, zeugten sie doch von einer wissenschaftlichen Durchdringung der Materie und von einer warmen Liebe für das Handwerk.

Nachdem dem Vorstand der Kammer Entlastung für die Rechnungsführung erteilt worden war und noch einzelne Anträge und Wünsche erledigt waren, schloß der Vorsitzende der Kammer, der selbst zu jedem Punkt der Tagesordnung eingehende, auf reiche Erfahrungen und großes Wissen gearändete Ausführungen gemacht hatte, die Vollversammlung unter warmen Worten des Dankes an alle jene, die zu der harmonischen und reichhaltigen Tagung beigetragen haben. Besonderen Dank sollte er den Behörden und der Stadtgemeinde Bühl.

Vom Chemikalienmarkte.

Mannheim, 19. Juli. Während aus dem norddeutschen Gebiet in der letzten Zeit eine Befestigung des Marktes gemeldet wurde, blieb die Lage am süddeutschen Chemikalien-Markte auch in der verflorenen Woche ziemlich unverändert. Einige Nachfrage zeigte sich im Inlandsgeschäft nur für Schwefel und Kupfervitriol. Im Auslandsgeschäft ist nur im besetzten Gebiet einige Nachfrage für Exportzwecke festzustellen gewesen. Die Forderungen lauteten heute freibleibend und unverändert: Kupfervitriol krist., abfallende Ware ca 3000 kg brutto für netto, inkl. Sackpackung, ab hiesigem Lager, Netto-Kassa per kg 4.50 Mk. Harz span. in Fasern von 300/400 kg 1. 6 Proz. ab Lager Ludwigshafen per kg Type I E (französ. Type AAAAA) Mk. 5.60; I C (AA) Mk. 5.40; III (WV) 5.10 Mk.; V (N) Mk. 4.80; VI (K) Mk. 4.45; VIII (G) Mk. 4.35; IX Mk. 4.30. Salol (Phönyl salicyl) erste Original-Marken, D.A.B. 5. ca. 50 kg, ab hies. Nette. Phenolphthalein D.A.B. 5. ca. 50 kg, inkl. Papierpackung, ab hies. Nette, netto Kassa, per Kilo 70 Mk. Alaunkristallmehl Ammoniak, fein, erstklassiges Fabrikat ca. 1000 kg, in Jutepackung von 100 kg B/N, inkl. Packung ab hies. Nette, per Kilo 3.20 Mk. Bromkali, krist., D.A.B. 5, inkl. Packung, ab Nette Mannheim frachtfrei, netto Kassa, per Kilo 15 Mk. Fomaldehyd 30 Proz. Gew., exkl. Verpackung, ab Nette Mannheim, netto Kassa, per Kilo 11.50 Mk. Borsäure, weiß krist., ca. 200 kg, netto Gewicht, exkl. Verpackung ab hies. Lager, netto Kassa, per Kilo 18 Mk. Ameisensäure 50 Proz. chem. rein, Neugewicht, exkl. Korblasche, ab hies. Lager, netto Kassa, ca. 200 kg per Kilo 5.75 Mk. Weinstensäure, krist., bleifrei, für Genußzwecke, ca. 1000 kg, inkl. 50 kg Faßpackung, frachtfrei Mannheim per Kilo 35 Mk. Buchenholzteer, ca. 5000 kg B/N inkl. Orig.-Barrels, ab Lager Ludwigshafen a. Rh., netto Kassa (Muster zu Diensten) per Kilo 1.50 Mk. Pottasche Raff., weiß Gran. 96/98 Proz., ca. 5000 kg Neugewicht Orig.-Ta., inkl. Großfaßpackung, von ca. 450 kg Inhalt, ab hies. Lager, netto Kassa, per Kilo 5 Mk. Pottasche, weiß, Gran. 90/92 Proz., ca. 3000 kg Neugewicht Orig.-Tara, inkl. Großfaßpackung von ca. 450 kg Inhalt, ab hies. Lager, netto Kassa, per Kilo 4.65 Mk. Natriumsulphat techn. pulv., ca. 3000 kg Neugewicht Orig.-Tara, exkl. Kistenpackung von 50 kg Inhalt

(15 Mk. per Kiste), ab hies. Nette, netto Kassa, per Kilo 4.50 Mk. Brockenschwefel, Ia Raff., ca. 2000 kg B/N, inkl. 100 kg Sackpackung, ab hies. Lager, netto Kassa, per Kilo Mk. 3.50. Kal Permancanto, pulv. chem. rein., ca. 500 kg, Nettogewicht, exkl. Verpackung, ab hies. Lager, netto Kassa, per Kilo Mk. 22.50. Ammon. Carbonio, pulv. ca. 2000 kg, erstklassiges Fabrikat, Neugew. Orig.-Tara, inkl. Verpackung, Faßpackung von ca. 150 kg Inhalt, ab hies. Lager, netto Kassa per Kilo 5 Mk. Natr.-Bicarbonio, techn., pulv., ca. 5000 kg Neugew. Orig.-Tara, exkl. Verpackung, in Orig.-Fässern von ca. 400 kg Inhalt (Mk. 60 per Faß), ab hies. Nette, netto Kassa Mk. 1.30. Futterknochenmehl Praetosa, 38/40 Proz., citratlösliches P 2 05 B/N, inkl. Sackpackung, ab hies. Lager, netto Kassa, per Kilo Mk. 3.50. Pikrol, echt, 20 Orig.-Barrels B/N, inkl. Verpackung, ab hies. Lager, netto Kassa, per Kilo Mk. 6.75.

Börse—Handel—Industrie—Gewerbe

Frankfurter Börse.

w. Frankfurt a. M., 19. Juli. Unter dem Einfluß des festen Devisenmarktes war die Gesamtstimmung der Börse vorwiegend fester. Auf den meisten Gebieten waren heute Kursbesserungen zu verzeichnen, namentlich in einigen Spezialpapieren, wo die Spekulation zu größeren Käufen schritt. Zu erheblichen Umsätzen kam es in Elektro Schuckert, die zum ersten Kurse mit 300 9 Proz. anzuziehen vermochten, wobei auf Gerüchte von bevorstehenden Transaktionen verwiesen wurde. Die übrigen Werte dieses Marktes blieben vernachlässigt. Chemische Aktien lagen vorwiegend ruhig bei behaupteten Kursen. Scheideanstalt waren etwas fester. Elberfelder Farben büßten 6 Proz. ein. Montanpapiere lagen mit einigen Ausnahmen fester. Harpener, Deutsch-Luxemburg und Gelsenkirchen waren gesucht. Phönix Bergbau 835, Mannesmann und Westeregeln ca. 3 Proz. niedriger. Oberbedarfsbüßen zum ersten Kurs ca. 6 Proz. ein. Von sonstigen Industripapieren wurden von der Spekulation Daimler-Motoren bevorzugt, wobei Besserungsaussichten des Geschäftes den Anlaß boten. Adlerwerke Kleyer behauptet. Hirsch-Krupperschwächer 400%. Sehr gesucht waren Brauerer Rettenmeyer, Tivoli, Bank für Braundustrie, Seidindustrie Wolff. Angebote sind Zuckerfabrik Offenst. Lederwerke Spicharz. Auch in den im freien Verkehr gehandelten Werten waren teilweise mäßige Kurseinbußen zu verzeichnen. Es wurden genannt Gebrüder Fahr 420, Holzmann 380, Chemische Rhenania 575, 5,65. Im weiteren Verlaufe wurde das Geschäft ruhig, doch erhielt sich die feste Tendenz bis zum Schluß. Privatskontokont. 3 1/2 Prozent.

w. Frankfurt a. M., 19. Juli. (Eig. Drahtbericht.) Abendbörsen.

Devisen: Brüssel 580, Holland 2425, London 276, Paris 596, Schweiz 1265, Newyork 76 1/2. Tendenz: abgeschwächt.

Effekten: Nationalbank 183, Gelsenkirchen 401, Harpener 577, Zement Heidelberg 424, Badische Anilin 409, Höchster Farben 333 1/2, Licht und Kraft 233, Maschinenf. Durlach 424 1/2, Maschinenf. Gritzner 539, Haid & Neu 392 1/2, Schinck & Co. 37 1/2, Schuhfabr. Herz 274 1/2, Uhrenfabr. Furtwängler 354 1/2, Waggon Fuchs 480, Zuckerf. Waghäusel 415.

Industrien.

Umschlagszoll für Farben in Amerika. „Chicago Tribune“ meldet aus Washington: Die Bedingungen für einen Schutzzoll, die einen 35prozent. Zoll für Farbstoffe vorseht, ist vom Repräsentantenhaus mit 122 gegen 106 Stimmen angenommen worden.

Markte.

Zum jüngsten Bühler Schweinemarkt wurden aufgeföhrt: 289 Ferkel aus den Amtsbezirken Achern, Bühl, Baden und Rastatt. Verkauft wurden 235 Ferkel in die Amtsbezirke Achern, Bühl, Baden und Rastatt. Der niederste Preis war für Ferkel 200 Mk., der mittlere Preis 400 Mk. und der höchste Preis 750 Mk. pro Paar. Läuferschweine kamen keine auf dem Markt.

Wertpapier- u. Devisenmarkt.

Frankfurter Kursnotierungen:

19. Juli		18. Juli		19. Juli		18. Juli	
Badische Bank	365.-	365.-	Harpener	577.-	570.-	Maschfabr. Gritzner	539.-
Darmstädter Bank	169.50	169.50	Laurahütte	—	—	Haid & Neu	394.50
Deutsche Bank	302.-	300.-	Aschaff. Zellstoff	679.-	639.75	Maschfabr. Karlsruhe	630.-
Diskonto-Comandit	279.-	280.-	Grün & Billfinger	374.50	339.-	Oberursel	450.-
Dresdener Bank	212.75	212.50	Zementw. Heidelberg	420.-	419.-	Schinck & Co.	365.-
Mittel. Creditbank	165.50	166.50	Chem. Bad. Anilin	410.-	410.-	Schuhfabrik Herz	274.-
Oesterr. Länderbank	—	80.-	Gold u. Silber	635.-	695.-	Elsässer Baumwolle	515.-
Pfälzer Bank	159.-	160.-	Chem. Höchst	338.-	339.-	Spinnerei Ettlingen	—
Rhein. Creditbank	170.50	172.-	Deutsch Uebersee	—	—	Uhrenfabr. Furtwang	350.-
Stdd. Diskonto-Ges.	233.-	233.-	Elektr. Licht u. Kraft	233.-	229.75	Wagg.-Fabr. Fuchs	486.-
Wiener Bankverein	38.25	—	Gebr. Junghans	233.75	230.50	Zellstoff Waldhof	516.-
Württemberg. Notenbank	255.-	250.-	Adler & Oppenheimer	—	—	Zuckerfabr. Waghäusel	421.-
Bochumer Gußstahl	530.-	—	B. Masch. Badenia	—	42.4	Zuckerfabr. Frankenth.	412.-
Gelsenkirchen	389.50	—	Maschfabr. Durlach	424.50	—	Benzmotoren	291.-

Devisennotierungen.

w. Frankfurt, 19. Juli				w. Zürich, 19. Juli			
19. Juli		18. Juli		19. Juli		18. Juli	
Antwerpen-Brüssel	582.90	584.10	Geld	581.90	583.10	Brüssel	46.05
Holland	2430.-	2440.-	Brief	581.90	583.10	Kopenhagen	90.75
London	276.45	277.05		275.45	276.05	Stockholm	127.25
Paris	597.40	598.60		592.90	594.10	Christiania	79.25
Schweiz	1288.70	1271.80		1247.20	1249.80	Madrid	78.-
Spanien	976.50	978.50		972.50	974.50	Buenos-Air.	175.-
Italien	343.66	344.40		343.10	343.90	Belgrad	—
Lissabon	—	—		—	—	Agram	3.75
Dänemark	1163.80	1166.20		1168.80	1201.20		
Norwegen	994.-	996.-		1026.40	1028.60		
Schweden	1693.40	1611.80		1608.40	1611.60		
Helsingfors	—	—		123.81	123.65		
Newyork	77.40 1/2	77.57 1/2		76.67	76.83		
Wien (altes)	—	—		—	—		
Deutsch-Oesterreich	10.23	10.27		10.10	10.15		
Budapest	23.97	24.08		22.82	22.88		
Prag	—	—		—	—		

Devisenkurse im Freiverkehr

Mitgeteilt durch das Bankhaus Straus & Co., Karlsruhe.		
a) vorbörslich	b) nachbörslich	
Holland	2440—2480	2420—2440
Schweiz	1275—1300	1257—1270
Paris	600—605	595—600
Belgien	580—595	581—587
London	279—283	275 1/2—278
Newyork	77 1/2—79	76—77
Italien	345—350	340—344
	unsicher.	rückgängig.

Unnotierte Werte

Wir sind freibleibend		Käufer	Verkäufer
Becker Stahl	—	325	380
Benz	—	215	228
Deutsche Maschinen	—	885	405
Fahr, Gebr.	—	415	425
Halbach Maschinen	—	285	295
Hansa Lloyd	—	135	140
Heidelberg Vorzugs-Aktien	—	—	—
Knorr Heilbronn	—	340	350
Kosmos	—	515	525
Meyer Kaufmann	—	280	285
Mansfelder Kuxe	—	4300	4900
Neckarsulmer Fahrzeug	—	395	400
Opiag	—	4050	4150
Rastatter Waggon	—	385	395
Stussbank	—	—	—
Wolf, Buckau	—	385	395
Union Bauverein	—	230	240
Zuckerfabr. Heilbronn	—	410	420

5% Junker & Ruh Obl. — 99
 5% A. E. G. Vorzugs-Aktien 112 1/2 118 1/2
 6% Rhein. Elektrizität Vorz.-Akt. 112 1/2 118
 6% Vogtländer Masch. Vorz.-Akt. — 102
 7% Osram 100 1/2 102
 5% Hirsch Kupfer 101 102
 4 1/2% Vereinigte Zuckerfabr. Obl. 98 1/2 99 1/2

In sonstigen unnotierten Werten sind wir stets kulant. Käufer und Verkäufer erbitten Anfrage.

Baer & Elend
 Bankgeschäft, KARLSRUHE, Kartfriedrichstr. 26.
 Telephon 223 und 235.